

## "Der Europamarkt in britischer Sicht" in Die Zeit (1. Mai 1958)

**Quelle:** Die Zeit. 01.05.1958, n° 18. Hamburg. "Der Europamarkt in britischer Sicht", auteur:Fisher, J.M. , p. 19.

**Urheberrecht:** (c) J.M. Fischer

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/der\\_europamarkt\\_in\\_britischer\\_sicht\\_in\\_die\\_zeit\\_1\\_mai\\_1958-de-801b39f6-edf4-45c3-9667-a200985e6bd0.html](http://www.cvce.eu/obj/der_europamarkt_in_britischer_sicht_in_die_zeit_1_mai_1958-de-801b39f6-edf4-45c3-9667-a200985e6bd0.html)



**Publication date:** 05/11/2015

## Der Europamarkt in britischer Sicht

### Eine Antwort an die ZEIT

In Nr. 16 veröffentlichte die ZEIT eine Untersuchung über einige grundsätzliche Aspekte der Freihandelszone. Im Rahmen jenes Artikels wurde auch die englische Situation im Falle einer wirtschaftlichen Integration Europas aus kontinentaler Sicht geschildert. Das Gebot der Objektivität wäre verletzt, wenn wir unseren Lesern nunmehr die britische Betrachtungsweise der Freihandelszone vorenthalten würden. Gerne publizieren wir deshalb eine Antwort von J. M. Fisher, britischer Botschaftsrat in Bonn; um so mehr, als der Verfasser einige aufschlußreiche Akzentverschiebungen vornimmt. Der Leser möge selber beurteilen, ob die Entgegnung das zentrale Argument gegen die bisherige englische Konzeption der Freihandelszone, wonach Großbritannien zu einem Brückenkopf der amerikanischen Konkurrenz in Europa wurde, widerlegt. Britische Stellen weisen in den USA regelmäßig auf die Vorteile hin, die mit einer Kapitalinvestition in Großbritannien verbunden sind: den gleichzeitigen Zugang zu den Empire-Märkten und zum Kontinent, d.h. zum größten Präferenzsystem der Welt. Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang folgende Äußerungen, die wir der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ (Nr. 29) entnehmen: „Einen Lichtblick in einer im Übrigen nicht allzu ermutigenden Situation, nannte der Vorsitzende des Schottischen Industrie-Beirats die Tatsache, daß amerikanische Unternehmungen — nachdem sie sich eine Zeitlang zurückgehalten hätten, um erst einmal zu sehen, wie ernst die europäischen Freihandelspläne betrieben würden — nun von neuem Interesse an Schottland, der 'Pforte zum Europamarkt' bekundeten.“ Und ähnlich die andere Seite: „Nach dem Zeugnis des amerikanischen Generalkonsuls in Glasgow bietet die Ansiedlung in Schottland verschiedene Vorteile... Der Standort ist günstig, um sich in den Wettbewerb um die Sterling-Märkte einzuschalten; außerdem besteht Aussicht auf Teilnahme am Gemeinsamen Markt.“ Bei aller Anerkennung der britischen Commonwealth-Lasten ist das nicht zu vergessen.

Mit Interesse habe ich in Ihrer Ausgabe vom 17. April den Artikel „Aus der Sackgasse in die Freihandelszone“ von Dr. Jacques Stohler gelesen. Trotz Dr. Stohlers offenkundiger Sachkenntnis und Erfahrung auf dem behandelten Gebiet habe ich den Eindruck, daß sein Artikel so viele verbreitete Mißverständnisse über die britische Politik gegenüber Europa im allgemeinen und der geplanten Freihandelszone im besonderen enthält, daß es vielleicht gut ist, wenn ich auf die wichtigsten Punkte eingehe und Ihren Lesern erkläre, *welche Haltung die britische Regierung* in dieser höchst bedeutsamen, ja lebenswichtigen Frage tatsächlich *einnimmt*.

Zunächst einmal behauptet Dr. Stohler, Großbritannien habe kein echtes Interesse an der wirtschaftlichen Einigung Europas. Diese Behauptung steht im Widerspruch zu der europäischen Nachkriegsgeschichte. Im Jahre 1947, als sich der größte Teil Europas noch mit der Überwindung der durch den Krieg angerichteten Zerstörung und Zerrüttung abmühte, war es der britische Außenminister *Ernest Bevin*, der die durch die große amerikanische Geste der Marshall-Hilfe gebotene Chance ergriff. Es war größtenteils auf seine Initiative zurückzuführen, daß 1948 unter dem Vorsitz von Sir Oliver Franks die OEEC gegründet wurde. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß die Schaffung der OEEC und der Europäischen Zahlungsunion einen ungeheuren Fortschritt auf dem Weg zu einer europäischen Integration dargestellt hat. Wiederum war es Ernest Bevin, der 1948 den Vorschlag machte, den im Jahre 1947 von Frankreich und Großbritannien unterzeichneten Vertrag von Dünkirchen auf die Beneluxländer auszudehnen; in dem im selben Jahr unterzeichneten Vertrag von Brüssel war es ein britischer Außenminister — *Sir Anthony Eden* —, der 1954 nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft die Initiative ergriff, indem er die Verpflichtung übernahm, auf unbestimmte Zeit größere britische Streitkräfte auf dem Kontinent zu belassen und der es damit ermöglichte, den Brüsseler Vertrag auf Deutschland und Italien auszudehnen.

Auch ist es unrichtig, daß Großbritannien den Plan für die Freihandelszone nur unterstützt, weil es sich durch den Gemeinsamen Markt bedroht fühlt. Eines unserer Hauptanliegen seit dem Kriege ist es gewesen, *die Spaltung des freien Europas zu verhindern*. Darum begrüßt Großbritannien den Gemeinsamen Markt, vorausgesetzt, daß er von einer Freihandelszone ergänzt wird. Denn wenn der Gemeinsame Markt ohne eine Freihandelszone in Kraft tritt, so besteht kaum ein Zweifel, daß Westeuropa in zwei konkurrierende Wirtschaftsblöcke zerfällt, was zu einer Schrumpfung des innereuropäischen Handels mit unvermeidlichen Auswirkungen auf anderen Gebieten führen würde. Die kooperative Prosperität Europas in den Nachkriegsjahren basierte in der Hauptsache auf Institutionen wie der OEEC und der EZU; man kann sich jedoch schwer vorstellen, wie diese Organisationen weiterhin eine wirksame Rolle spielen können, wenn sich ihre Mitglieder plötzlich in zwei separate Gruppen spalten. Eine *Freihandelszone* dagegen würde einen viel *größeren Markt* bieten als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — Großbritannien allein ist nach den Vereinigten Staaten der größte Importmarkt der Welt — und eine größere Aussicht auf Prosperität für

alle westeuropäischen Länder und besonders für Westdeutschland, dessen Export zu fast einem Drittel nach den Ländern Westeuropas geht, die vom Gemeinsamen Markt ausgeschlossen wären.

Zweitens behauptet Dr. Stohler, die Übernahme der in der OEEC geltenden Regel der *Einstimmigkeit in die Freihandelszone* würde zu einer solchen Unsicherheit führen, daß eine Wirtschaftsplanung unmöglich würde. Unsere Antwort darauf ist eindeutig. Großbritannien hat von jeher vorgesehen, daß auf vielen Gebieten Mehrheitsbeschlüsse gelten sollten. Der Kern der Sache ist, daß die interne Wirtschaftspolitik eines europäischen Landes nicht ohne weiteres von einem anderen diktiert werden kann. Jedes Land muß seine Wirtschaftspolitik und sonstige Politik unter Berücksichtigung der Interessen anderer Länder gestalten. Das hat Europa seit dem Krieg in der OEEC mit einigem Erfolg getan, und wir hoffen, daß dies in ständig wachsendem Maße bei den Mitgliedern einer Freihandelszone der Fall sein wird.

Drittens behauptet Dr. Stohler, *Ursprungszeugnisse* würden in der Praxis eine solche Erschwernis bedeuten, daß sie den internationalen Handel behindern. In der Arbeitsgruppe Nr. 17 der OEEC (deren Aufgabe darin besteht, die Vereinbarkeit anderer Gruppierungen einschließlich einer Freihandelszone mit dem Gemeinsamen Markt zu untersuchen) ist man sich dagegen einig gewesen, daß die Verwendung von Ursprungszeugnissen keine unüberwindlichen technischen Hindernisse bietet. Großbritannien hat mit diesem Problem bereits einige Erfahrung. Damit nach Großbritannien eingeführte Waren in den Genuß der Präferenzzölle kommen können, muß feststehen, daß sie aus einem Commonwealth-Land stammen. Das Problem ist hier im wesentlichen das gleiche wie bei einer Freihandelszone, und der britische Zoll hat befriedigende Methoden entwickelt, um damit fertig zu werden.

Schließlich behauptet Dr. Stohler, *Großbritannien wolle auf zwei Hochzeiten zugleich tanzen*. Es möchte in den Genuß der Vorteile des Gemeinsamen Marktes kommen und gleichzeitig die Vorteile der Commonwealth-Präferenzzölle behalten. Dr. Stohler erkennt aber nicht, daß die Commonwealth-Präferenzen kein Gratis-Geschenk an Großbritannien sind. Neben den Vorteilen sind auch *Verpflichtungen* damit verbunden. Alle Einfuhren aus den Commonwealth-Ländern nach Großbritannien sind, abgesehen von einigen geringfügigen Ausnahmen, frei von Einfuhrzoll. Das heißt, daß wir unbegrenzte Mengen an beispielsweise australischem Hammelfleisch und neuseeländischer Butter zollfrei hereinlassen. Wenn man meint, daß andere europäische Länder die Möglichkeit erhalten sollten, ihre Waren zu denselben Präferenzzöllen nach den Commonwealth-Ländern zu exportieren wie Großbritannien — und darüber müßten die Commonwealth-Länder unabhängig entscheiden —, so muß man fragen, ob irgendein europäisches Land bereit wäre, die entsprechende Verpflichtung zu übernehmen (wie wir das tun), seine Märkte zollfrei unbegrenzten Mengen landwirtschaftlicher Produkte aus dem Commonwealth zu öffnen. Wäre Deutschland beispielsweise bereit, unbegrenzte Mengen australischen Hammelfleisches oder neuseeländischer Butter zollfrei einzuführen? Zweitens hält sich Großbritannien für verpflichtet, einen beträchtlichen Teil des Kapitalbedarfs der Commonwealth-Länder zu decken. Während der vier Jahre von 1953 bis 1956 betrug die britischen Investitionen im Commonwealth zusammen mit den Zuschüssen für die Kolonien im Durchschnitt annähernd 200 Millionen Pfund pro Jahr, das sind etwa 1,25 v.H. des britischen Bruttosozialprodukts.

Die Commonwealth-Präferenzen bedeuten daher für Großbritannien nicht nur Vorteile, sondern auch echte und schwere Verpflichtungen. Es ist nur natürlich, daß bei den Diskussionen um die Freihandelszone mehr von den Vorteilen dieser Präferenzen gesprochen wird. Aber es erscheint uns wesentlich, daß Ihre Leser auch die Kehrseite der Medaille kennenlernen.